# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 30 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 20 Pfg., Reklamen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil zur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 2.50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 247. — Sonntag den 24. Oktober 1920. — 79. Jahrgang.


## Amtlicher Teil.

### Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande des

1. Gutsbesitzers Arthur Beuchel in Kaufbach,
2. Gutsbesitzers Henker in Helbigsdorf

ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrbezirk werden die Gemeinden Kaufbach und Helbigsdorf bestimmt.

Das Beobachtungsgebiet bilden die bereits bekannt gegebenen umliegenden seuchenfreien Gemeinden.

Meißen, am 22. Oktober 1920. Reg. V.

387 Die Amtshauptmannschaft.

### Verkauf neuer Arbeitsstiefel.

Bei den nachstehenden Verkaufsstellen befinden sich noch kleine Reste der in Siebenlehn hergestellten Schaftstiefel zum Preise von 250 Mark. Der Bevölkerung wird, nachdem die kalte Jahreszeit eingetreten ist, empfohlen, baldigst ihren Bedarf einzudecken, zumal Verteilungen aus Heeresbeständen nicht mehr zu erwarten sind.

Verkaufsstellen in

**Wilsdruff:** Richard Busch, Hugo Nowotnik, Paul Harder, Emil Richter, Otto Westphal, Arthur Wolf, Julius Ulbrich;

**Meißen:** Richard Beuthner, Hahnemannsplatz 15.

Meißen, am 22. Oktober 1920. Nr. 922 II N.

387 Kommunalverband Meißen-Land.


**Kleine Anzeigen** haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung


### Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Abstimmung in Oberschlesien soll nach einer an amtlichen Stellen in Berlin eingetroffenen Mitteilung für den Monat April 1921 angesetzt werden.

* Die Reichstagsnachwahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein werden voraussichtlich am 12. Dezember stattfinden.

* Drei Rumplerflugzeuge, mit denen der Luftverkehr München—Wien aufgenommen werden sollte, wurden in Wien von der Ententekommission beschlagnahmt.

* Aus Amerika werden noch in diesem Monat 700 bis 1000 Milchkühe nebst Kraftfutter für vier Monate als Geschenk von Deutschamerikanern nach Deutschland abgehen und an die Großstädte verteilt werden.

* Polen weigert sich, den Staatsvertrag mit Danzig anzuerkennen, so daß dessen Unterzeichnung vorläufig unterbleibt.

* Aus Belgrad wird gemeldet, daß die serbischen Truppen Befehl erhalten haben, das Abstimmungsgebiet Kärnten zu räumen.

### Um Oberschlesien!

Wann in Oberschlesien über das endgültige Schicksal des Landes bestimmt werden soll, ist noch immer in Dunkel gehüllt; die Polen setzen wieder einmal in Paris alle Hebel in Bewegung, um die Entscheidung in ihrem Sinne zu bestimmen, während die Deutschen sich wie gewöhnlich auf sanfte und unwirksame Vorstellungen beschränken. Ihnen erscheint es als ein Unding, daß etwa jetzt im Winter zur Volksabstimmung aufgerufen werden könnte, aber die erleuchtete Weisheit der Pariser Weltenlenker hüllt sich vorläufig noch in undurchdringliches Dunkel. Man muß also einstweilen auf alles gefaßt sein.

Inzwischen rüstet man sich in Berlin zu entscheidenden Schritten, Reichs- und Staatsregierung stecken seit Tagen die Köpfe zusammen und beraten mit oberschlesischen Parteiführern darüber, was werden soll. Die Autonomiefrage ist auf die Tagesordnung gestellt, und soll nach allem, was man darüber hört, im Sinne der Erhebung Oberschlesiens zu einem selbständigen Bundesstaate entschieden werden. Noch ist es nicht ganz so weit. Starke Widerstände machen sich bemerkbar. In der Hauptsache natürlich von Preußen her, dem mit dieser Lostrennung einer seiner reichsten Provinzen ein Opfer zugemutet wird, wie es seine eigenen berechtigten Interessen nach allem, was schon geschehen ist, kaum noch ertragen würden. Vor Jahresfrist hat es Oberschlesien als eigene Provinz ausgestattet, seine Verwaltungsrechte erweitert, und nun soll der Erfolg dieser Bemühungen darin bestehen, daß dieses unentbehrliche Glied vom Staatskörper vollends weggeschnitten wird. Anscheinend denkt man sich die Sache so, daß die Bevölkerung, wenn sie sich in der Abstimmung für Deutschland entschieden hat, dann sofort, ohne an die Fristen der Weimarer Verfassung, aber auch ohne an die vorgesehene qualifizierte Stimmenmehrheit gebunden zu sein, seine Konstituierung als Bundesstaat beschließen kann. Dem polnischen Autonomieversprechen, das natürlich darauf berechnet ist, Mäuse zu fangen, soll auf diese Weise eine gleichwertige, unzweifelhaft rechtsverbindliche Zusage gegenübergestellt werden, um der skrupellosen Agitation von Korfanty und Genossen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wen erinnert dieser Wettlauf nicht einigermaßen an gewisse Erfahrungen aus dem Weltkrieg? Wie zum Beispiel die Mittelmächte, als die britische Regierung mit der Anerkennung der zionistischen Ansprüche auf ein eigenes Staatswesen in Palästina vorangegangen war, sich beeilten, auch ihrerseits die gleiche Zusicherung zu geben? Die nur zu bekannten Erfolge dieses Verfahrens können indessen die jetzige Regierung in Preußen-Deutschland nicht treffen. Sie scheinen sich vor dem Vorwurf zu fürchten, daß wieder einmal versäumt werden könnte, im entscheidenden Augenblick politische Notwendigkeiten nachzugeben, und so soll als letztes Mittel im Kampf um Oberschlesien ein Entschluß gefaßt werden, von dem möglicherweise ebenso viel Segen wie Unsegen ausgehen kann. Statt die Zahl der deutschen Kleinstaaten zu verringern, soll jetzt noch im Rahmen des Reiches ein neues Staatswesen geschaffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob es wirklich seiner Lage, seiner Beschaffenheit, seiner Bevölkerung nach die Voraussetzungen für ein selbständiges und ersprießliches Dasein in sich trägt. Was Oberschlesien im Laufe der letzten Jahrzehnte geworden ist, hat es in der Hauptsache doch wohl der Fürsorge des preußischen Staates zu danken. Die Naturschätze allein, die in seinem Schoße entdeckt wurden, hätten nicht hingereicht, um diese blühende Entwicklung zu gewährleisten, wenn nicht die sachkundige, geordnete und weitausschauende Leitung der preußischen Staatsverwaltung zur Stelle gewesen wäre, und daß die Oberschlesier sich jemals als etwas anderes, denn als Preußen gefühlt hätten, wird wohl kein Kenner des Landes mit gutem Gewissen behaupten können. Wie sie trotzdem plötzlich dazu kommen sollten, ein besonderes Volk darzustellen, ist schwer zu begreifen; und ob auf diesem Wege nicht erst künstliche Gelüste großgezogen werden, die das Land auf Abwege führen müsse, das ist doch noch sehr die Frage.

Die polnischen Umwerbungen werden bestehen bleiben, solange wie Oberschlesien sich nicht für Polen entscheidet. Werden sie nicht noch ungleich gefährlicher wirken, wenn hier erst eine staatliche Selbständigkeit begründet ist, für die es an den erforderlichen realen Unterlagen fehlt? Werden diese Bestrebungen nicht gerade von der Gegenseite als ein Beweis unserer Schwäche, unserer Furcht vor der sieghaften „Überlegenheit" der polnischen Kultur, des polnischen Staatsgedankens ausgebeutet werden? Wird die Verwirrung der Geister, die Wankelmütigkeit der Seelen nicht noch größer werden, statt daß die Liebe zur deutschen Heimat, zur allumfassenden Mutter Germania, in den Herzen unserer oberschlesischen Brüder fester als je verankert werden soll? Es gehört ein felsenfester Glaube an die beglückende Macht bloßer Verfassungsbestimmungen dazu, um einen solchen Sprung ins Dunkle zu wagen; aber richtig ist, daß unsere sturmbewegte Zeit rasche und große Entschlüsse erfordert, wenn nicht noch mehr Unheil entstehen soll, als schon über uns gekommen ist. Möge ein gütiger Himmel den Sinn derjenigen Männer, die in dieser Schicksalsfrage das Wohl des Vaterlandes zu führen haben, zum Rechten lenken. *Dr. Sy.*

### Frankreichs Kohlenüberfluß.

Angeblich falsche Berechnungen.

Eine Havasnote erklärt, daß die Mitteilungen in der deutschen Presse, daß Frankreich Überfluß an Kohlen habe, Deutschland aber Mangel an Kohlen leide, auf falschen Berechnungen beruhen. Diese Behauptung von Havas wird widerlegt durch eine Rede des französischen Ministers Le Troquer, der ausdrücklich betonte:

**„Ich habe nicht alle Ziffern gegenwärtig, aber ich kann Ihnen sagen, daß, was die Eisenbahnen anbetrifft, der Vorrat, der im Januar nur 180 000 Tonnen betrug, was kaum für sechs Tage ausreichte, sich heute auf 800 000 Tonnen, d. h. die normale Vorkriegszeit, beläuft. Der Vorrat der Gasanstalten von Paris, der im Laufe des Jahres 1919 niemals 25 000 Tonnen überstiegen hatte, übersteigt heute 900 000 Tonnen. Der Vorrat der Seine-Präfektur beträgt ungefähr 150 000 Tonnen, während er sich im letzten Jahre zur gleichen Zeit auf kaum 50 000 Tonnen belief. Der Vorrat der Gasanstalten der Vororte hat sich verdoppelt, der der Elektrizitätswerke ist von 15- auf 60 000 Tonnen gestiegen."**

Weiter erklärte der französische Minister in der nämlichen Rede: „Ich kann endlich hinzufügen, daß uns die Wiederanlage der Vorräte nicht gehindert hat, die dringlichsten Bedürfnisse zu befriedigen; so sind für Druschkohle 370 000 Tonnen geliefert worden. Das sind, schloß der Minister, einige Ziffern, die das Vertrauen rechtfertigen, mit dem ich die Zukunft betrachte."

### Verschärfung im englischen Streik.

Neue Verhandlungen.

Nach einer Meldung aus London hat sich im Bergarbeiterstreik die Lage plötzlich verschärft. Es ist so gut wie sicher, daß die Transportarbeiter gleichfalls in den Streik treten werden. Gerade die Dienste dieser Leute werden in diesem Augenblick besonders benötigt, da der Eisenbahnverkehr mit den Seehäfen durch den Kohlenmangel behindert ist.

**Besonders gefährlich wird aber die Lage dadurch, daß die Konferenz der Eisenbahner beschlossen hat, am Sonntag um Mitternacht den Streik zu beginnen, wenn nicht bis dahin die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern wieder aufgenommen werden.**

Die Regierung ist denn auch bereit, mit den Bergleuten erneut in Verhandlungen zu treten, sofern diese grundsätzlich damit einverstanden sind, daß eine Lohnerhöhung von der Zunahme der Produktion abhängig gemacht werde.

Demgegenüber erheben die Bergarbeiter folgende Forderungen: Die Regierung müsse die Zusicherung der Arbeiter annehmen, daß sie eine größere Produktion bewirken werden; zweitens müsse die Regierung die Lohnerhöhungen um zwei Schilling bewilligen; drittens soll die Regierung Ausschüsse ernennen, um die Produktionsfrage zu lösen. Die Bergarbeiter sind bereit, eine höhere Produktion zu sichern unter der Bedingung, daß die Bergwerksbesitzer ihnen eine Kontrolle zugestehen, damit die Ursachen, die die Produktion auf dem niedrigen Stand erhalten, beseitigt werden.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

✦ **Die Kompetenzen des Staatsgerichtshofes.** Der Reichsrat erledigte den Entwurf einer Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Die Verordnung lehnt sich an die Vorschriften der Reichstagswahlordnung an. Angenommen wurde der Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof. Der Entwurf nimmt für den Staatsgerichtshof eine zweifache Kompetenz in Aussicht: 1. Entscheidender Gerichtshof für Verfassungs- und Verwaltungsstreitigkeiten, die auf Grund der Verfassungsurkunde entstehen; 2. Gerichtshof zur Entscheidung über Ministeranklagen und über Anklagen gegen den Reichspräsidenten und den Reichskanzler. Der Staatsgerichtshof soll beim Reichsgericht eingerichtet werden, sein Präsident ist in der Regel der Reichsgerichtspräsident selbst. Das Verfahren in Verfassungs- und Verwaltungsstreitigkeiten ist grundsätzlich nicht öffentlich, für die Entscheidung in Ministeranklagesachen ist das Verfahren öffentlich und auch das Urteil wird öffentlich gesprochen.

✦ **Entlastung der kleinen Zensiten.** Die Reichsregierung ist in Erwägungen eingetreten, in welcher Weise im Hinblick auf die Teuerungsverhältnisse eine steuerliche Entlastung der Steuerpflichtigen mit kleinerem Einkommen herbeigeführt werden kann.

✦ **Die Dieselmotorenaffäre** wird in den nächsten Tagen anläßlich einer Zentrumsinterpellation die Reichsregierung veranlassen, eingehend zu dieser wichtigen wirtschaftlichen Frage Stellung zu nehmen und Kenntnis zu geben von den unternommenen Schritten, die anscheinend von Erfolg gekrönt sein dürften, da die Entente ihre ursprünglichen Forderungen auf Zerstörung zurückziehen will.

✦ **Erzberger und das Zentrum.** Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist in der Zentrumsfraktion die Angelegenheit Erzberger in seiner Anwesenheit erörtert worden. Erzberger hat dabei erklärt, daß er auf der Aufnahme in die Reichstagsfraktion des Zentrums bestehen müsse, aber einstweilen darauf verzichten wolle, sich im Parlament durch persönliches Hervortreten zu betätigen.

✦ **Die Freiheit unter Zensur!** Im Betriebe des Berliner Organs der Unabhängigen, der Freiheit, ist ein eigenartiger Konflikt ausgebrochen. Das technische Personal steht


SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF